

Stadt will „Referent (m/w/d) für Bürgerkommunikation“

Martin Himmelheber (him)

15. Juni 2020

Der Verwaltungsausschuss wird sich am Donnerstag mit dem Wunsch der Verwaltung befassen, neue Stellen zu schaffen. Zum einen soll die Öffentlichkeitsarbeit mit einem eigenen Referenten für Bürgerkommunikation gestärkt werden, zum anderen sucht die Verwaltung Verstärkung im IT-Bereich, besonders weil die Schulen immer mehr auf Digitalisierung setzen – Stichwort Corona und Homeschooling.

Bisher beschäftigt sich die „Abteilungsleiterin Bürgerservice und Öffentlichkeitsarbeit“ mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Homepage, sie ist verantwortlich für die Bürger- und Touristinformation (BTI), das Bürgerbüro Sulgen, sie unterstützt die Verwaltungsführung, schreibt Reden, organisiert Ehrungen und Repräsentationsaufgaben und kümmert sich um die Städtepartnerschaften. „Diese vielfältigen und komplexen Aufgaben werden von der Stelleninhaberin mit einem Beschäftigungsumfang von 0,7 Vollzeitäquivalenten erledigt“, heißt es in der Vorlage.

Proaktive Pressearbeit

Nun möchte Susanne Gorgs-Mager ihren Stellumfang auf eine halbe Stelle reduzieren und das Aufgabengebiet entsprechend anpassen. Fachbereichsleiter Uwe Weisser schlägt deshalb vor, eine halbe Stelle allein für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen: „Eine proaktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiger Anspruch, den eine Große Kreisstadt erfüllen sollte. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen erwarten, schnell, aktuell und umfassend informiert zu werden.“

Dank sozialer Medien und zunehmender Digitalisierung steige die Anzahl der Bürger- und sonstigen Anfragen und das erforderliche Tempo. „Ein eigenes Bürgerpostfach, ein Bürgertelefon sowie verschiedene Formate der Bürgerbeteiligung können dafür sorgen, dem Bedürfnis der Menschen nach Eingebundenheit in ihre Kommunalpolitik besser Rechnung zu tragen“, so Weisser weiter.

Neue Aufgabenverteilung

Ein „Referent (m/w/d) für Bürgerkommunikation“ mit einer halben Stelle würde sich zum einen um die Öffentlichkeitsarbeit, also dem Schreiben von Pressemitteilungen, Website-Texten, Social-Media-Posts kümmern, Pressetermine organisieren und Presseanfragen in Abstimmung mit der Oberbürgermeisterin beantworten. Auch sollte er sich um die Außendarstellung Schrambergs kümmern und als Kontaktstelle für Bürgeranfragen fungieren. Ebenfalls zu den Aufgaben würde die Organisation von Bürgerbeteiligung gehören. Schließlich geht es um die inhaltliche Vorbereitung von Terminen der Oberbürgermeisterin und Textentwürfe für Publikationen.

Bei der Abteilungsleitung Bürgerservice bliebe die Organisation von Veranstaltungen wie Jubiläen, Einweihungen, Eröffnungen, Neujahrsempfängen, Gedenktagen, Verabschiedungen, Amtseinsetzungen. Sie wäre weiterhin verantwortlich für das Beantragen und Vorbereiten von Ehrungen der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Schramberg.

Sie würde sich um die Städtepartnerschaften kümmern und die Geschäftsstelle des Gemeinderats betreuen. Außerdem wäre sie verantwortlich für die Bürger- und Tourist-Information im Rathaus und das Bürgerbüro Sulgen.

Um die Neuorganisation gestalten zu können, müsste der Rat eine 0,3 Stelle genehmigen. Die Verwaltung geht von jährlichen Personalmehrkosten von etwa 20.000 Euro aus, Voraussetzung für die Stelle eines Pressereferenten sei ein abgeschlossenes Hochschulstudium gute Englischkenntnisse und journalistische Erfahrung. Am liebsten würde die Verwaltung die Stelle noch in diesem Jahr besetzen.

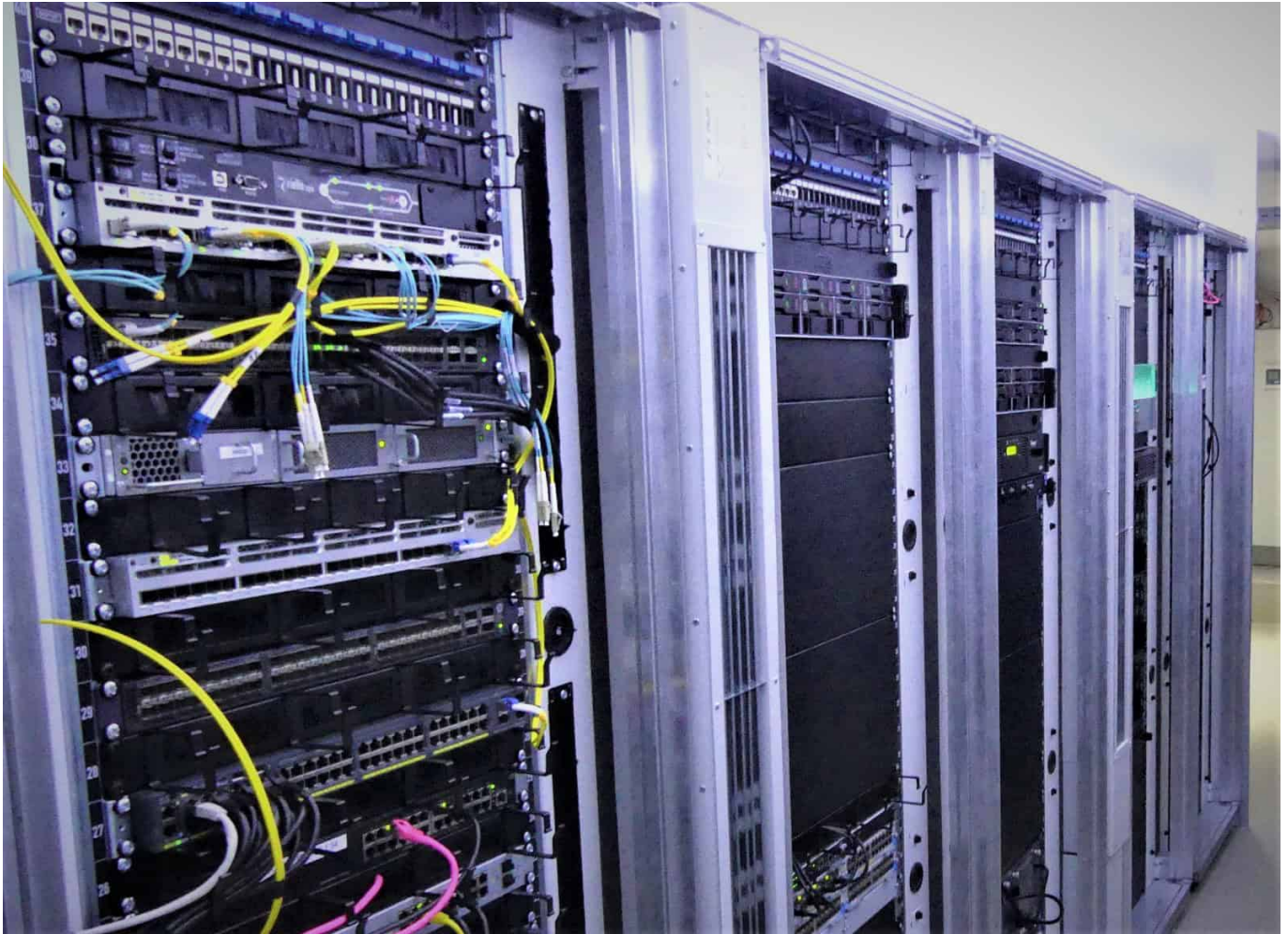
Neue Stelle für die Schul-IT

Ebenfalls eilig ist es der Verwaltung mit einer weiteren Stelle im IT-Bereich: „Die Digitalisierung entwickelt sich mit hoher Geschwindigkeit und hat mit den Anforderungen auf Grund der sogenannten Corona-Krise weiter an Dynamik gewonnen“, schreibt Weisser in seiner Vorlage. Die Stadtverwaltung Schramberg habe die Chancen, die der Digitalisierungsprozess biete, schon früh erkannt und diesen seit Jahren aktiv forciert. Viele Verwaltungsarbeiten würden bereits digital erledigt.

Auch bei den Schulen sein eine gute Versorgung und Ausstattung der ein wichtiges Anliegen des Schulträgers Stadt Schramberg. So seien die Verwaltungsgebäude mit fast allen Schulgebäuden vernetzt. Neben dem Kauf von Geräten für die Schulen müssten diese aber auch fachlich betreut werden. „Es ist Aufgabe des Schulträgers, den Betrieb, Support und die Wartung der gesamten IT-Infrastruktur in den Schulen sicherzustellen.“

Aufgaben stark gewachsen

Der Umfang dieser Aufgabe habe sich in den letzten der Jahren sehr stark erweitert. So sei die Zahl der Tablets von etwa 40 im Jahr 2016 auf mehr als 400 Geräte in diesem Jahr gestiegen. Gab es vor vier Jahren noch einen Server pro Schule, so sind es heute vier oder fünf. Neben dem Pflegeaufwand steige auch der Aufwand für die IT-Sicherheit bei gleichzeitig mehr IT-Infrastruktur. Die Einführung von künftig flächendeckendem WLAN an den Schulen erhöhten den Betreuungsaufwand weiter, heißt es weiter.



Die Digitalisierung schreitet voran: das IT Zentrum der Stadt im Schramberger Gymnasium. Archiv-Foto: him

Die Medienberater in den Schulen würden einfache technische Probleme selbst beheben und seien Ansprechpartner bei technischen Problemen in der Schule. Aber die Wartung von Netzen und Geräten sei nicht Hauptaufgabe der Medienberater, „sondern die pädagogische Vermittlung von Kompetenzen und Inhalten“. Die Mitarbeiter der IT seien „für die stetig wachsende technische Einrichtung und Ausstattung der Schramberger Schulen verantwortlich und unterstützen diese im Rahmen der vorhandenen Personalressourcen“ so Weisser.

Zusätzliche Aufgaben, die der Schulträger nun zu übernehmen hat, könnten sie aber nicht mehr schultern. Dazu gehört unter anderem die Verwaltung und Absicherung der Internetanbindung der Schulen, die Vollvernetzung inklusive WLAN, digitale Präsentationsmöglichkeiten in den Klassenzimmern und Fachräumen und die Ausstattung der Lehrenden und Lernenden mit Endgeräten und Software.

Stelle rechtzeitig fürs Schuljahr 20/21

Eigentlich wollte die Verwaltung schon im Haushaltsplan 2020 für diese Aufgaben eine zusätzliche Stelle einrichten. Weil aber die Schulen noch Medienentwicklungspläne im Rahmen des „Digitalpakts“ für die Schulen entwickeln müssten, habe die Verwaltung die Entscheidung über eine zusätzliche Personalstelle aber zurückgestellt.

Nun möchte die Verwaltung eine ganze Stelle für den Schulsupport einrichten und so bald als möglich ausschreiben, um zum Schuljahr 2020/2021 bereit zu sein. Gesucht werde ein Fachinformatiker. Die Personalkosten schätzt Weisser auf etwa 67.000 Euro pro Jahr.